

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 5. Juli 2017

3083. 2016/341

Postulat der SP-Fraktion vom 05.10.2016:

Ermässiger Eintritt für Inhaberinnen und Inhaber einer KulturLegi in die von der Stadt geführten, unterstützten und verpachteten Kultur- und Sportbetriebe

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Linda Bär (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2293/2016): Wir fordern mit dem Postulat, dass die Inhaberinnen und Inhaber der KulturLegi eine Ermässigung von mindestens 50 % auf den Eintritt in sämtliche Kultur- und Sportbetriebe der Stadt Zürich erhalten. Teilweise ist dies heute bereits der Fall, so etwa in den städtischen Hallen- und Freibädern, in der Sternwarte, in der Pestalozzi-Bibliothek, im Zoo, im Schauspielhaus, in diversen Fitnesscentern oder beim FCZ. Die KulturLegi ist ein Angebot für Menschen, die in Armut leben. In der Schweiz leben rund 530 000 Personen am unteren Existenzminimum oder darunter. In der Stadt Zürich sind es mehrere 10 000 Menschen. Kultur und Sport können glücklich machen. Sie sind eine Art, sich mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und sich zu integrieren. Sie bilden Identität, bieten Unterhaltung und tragen zu einer guten Allgemeinbildung bei. Kultur und Sport soll kein Privileg nur für gutbegüterte Menschen, sondern für alle zugänglich sein. Gerade arme Menschen leben oft in Isolation und Abgrenzung von der Gesellschaft. Im Tagesanzeiger erschien kürzlich ein Artikel, der die Geschichte eines Mannes erzählt, der aufgrund einer sehr seltenen Krankheit plötzlich mit der Armut zu kämpfen hat. Es wird aufgezeigt, wie die Armut zu Isolation führt, wie Freunde sich abwenden, wenn man es sich nicht mehr leisten kann, mit ins Kino, ins Theater oder ins Restaurant zu gehen. Oft ist Armut gepaart mit einer chronischen Krankheit, oft auch mit Depressionen. Die KulturLegi bietet einen kleinen Ausweg aus diesem Zustand. Deshalb wäre es umso schöner, wenn möglichst viele Kultur- und Sportinstitutionen mitmachen würden und den vergünstigten Eintritt für Inhaberinnen und Inhaber der KulturLegi gewähren könnten.*

***Dr. Daniel Regli (SVP)** begründet den von Martin Götzl (SVP) namens der SVP-Fraktion am 9. November 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Ich möchte zu Beginn klarstellen, dass es Armut und Notsituationen gibt, die wir achten. Es darf durchaus über prekäre finanzielle Verhältnisse, Vereinsamung, Depressionen und Krankheiten gesprochen werden. Es wurde nun allerdings sehr auf die Tränendrüse gedrückt. Es soll eine Massenbewegung ausgelöst werden. 17 000 Personen verfügen bereits über eine KulturLegi. 100 000 unterstützte Personen erhalten im Kanton Zürich Subventionen oder Renten. Addiert man zu den echten Bedürftigen asylsuchende Wirtschaftsmigranten und arbeitsscheue Subventionsjäger, sind es deutlich über 100 000 Personen. Man will eine Gefolgschaft aufbauen. Uns wurde vorgeworfen, wir würden mit unserer Forderung rund um den Eigenfinanzierungsgrad eine grosse Bürokratie verursachen. Hier wird aber*

ebenfalls eine grosse Bürokratie bewirkt. Zur Armutsdefinition: Für die KulturLegi gilt für eine Einzelperson eine Grenze von 75 500 Franken. Wenn jemand pro Monat 6000 Franken zur Verfügung hat, erhält er somit bereits das Recht auf eine KulturLegi. Mit dem Ausbau soll nun der Stadtrat mit allen von der Stadt geführten, unterstützten und verpachteten Kulturinstitutionen und Sportbetrieben Gespräche herstellen, um die um 50 % reduzierten Eintritte und für Kinder Gratisintritte bis 12 Jahre zu erreichen. Alle Leistungsvereinbarungen sollen überprüft und angepasst werden. Alle Subventions- und Pachtverträge sollen überprüft und erneuert werden. Die Postulanten signalisieren: Wer nicht an der Kultur teilnimmt, existiert nicht. Vielen der Personen, die von der KulturLegi profitieren könnten, sind jedoch Güter wie iPhone, BMW, BigMac wichtiger sind als Kulturerrungenschaften. Es ist schlicht kein realistisches Menschenbild. Man versucht hier, Umerziehung zu leisten. Aus 17 000 sollen 170 000 Personen werden, die dann Museen, halbleere Tanzhäuser oder was auch immer entstehen wird, besuchen. Wir machen hier nicht mit.

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Dr. Daniel Regli (SVP) hat sich selber widersprochen. Zu Beginn seines Votums sagte er, die wirklich armen Personen würden durchaus geachtet. Diese schienen danach aber vergessen zu gehen. Wer eine KulturLegi beziehen darf, befindet sich am Existenzminimum. Das Existenzminimum für eine Einzelperson liegt bei rund 24 000 bis 30 000 Franken. Ich weiss nicht, wo Dr. Daniel Regli (SVP) auf die Zahl von 75 000 Franken gestossen ist. Auf der Website der KulturLegi steht als Bedingung für den Bezug klar und deutlich, dass das Einkommen nachweislich am Existenzminimum liegen muss. Man muss Einkommen und Vermögen ausweisen. Wer die Bedingungen nicht erfüllt, erhält keine KulturLegi. Es geht um die Menschen, die wirklich arm sind und über keine Möglichkeit verfügen, an kostenpflichtigen Kultur- oder Sportveranstaltungen teilzunehmen. Die Preisreduktion um 50 % ist für uns ein Minimum. Auch mit der Reduktion kann ein Eintritt immer noch zu teuer sein. Leider ist es eine Folge von Armut, dass viele Personen isoliert leben und sich immer mehr aus der Gesellschaft hinausbewegen müssen, weil sie nicht mehr teilhaben können. Auch entsprechend dem Kulturleitbild sollen Menschen, die kein Geld haben, vor allem auch deren Kinder, an Kultur, Sport und an Bildungsveranstaltungen teilnehmen können, um sich weiterqualifizieren zu können und damit auch eine Chance zu haben, aus der Armut auszusteigen.

Samuel Balsiger (SVP): Die Linke entlarvt sich selber. Ich bezweifle, dass eine Person, die wirklich arm ist, leidet und nicht weiss, wie sie ihre Rechnungen am Ende des Monats bezahlen soll, noch 50 % Eintritt bezahlt, um abgehobene, realitätsfremde, linke Scheisse-Kultur zu besuchen. Die Linke hat nichts mehr mit dem zu tun, was sie einmal war. Sie kommt aus der sogenannten Sozialdemokratie. Statt Menschen zu helfen, ist sie heute ein abgehobener Elite-Club.

Martin Luchsinger (GLP): Es ist verständlich, dass der Begriff «Scheisse» im Rahmen der vorherigen Diskussion um das Kunstwerk von Mike Bouchet verwendet wurde. Ich bitte Samuel Balsiger (SVP), dem Rat nun aber den erforderlichen Respekt zu erweisen,

den Begriff in der vorliegenden Diskussion nicht zu verwenden und der wiederholten Aufforderung des Gemeinderatspräsidenten entsprechend zu folgen.

Stefan Urech (SVP): Eine Replik auf das Votum von Katharina Prelicz-Huber (Grüne). Kürzlich traf ich in einer Zürcher Bar fünf junge Architektinnen aus Spanien, Italien und Kroatien. Alle besaßen eine KulturLegi, ein iPhone 7 und Designertaschen. Alle besuchen in den Ferien ihr Heimatland. Man sollte aufhören, mit der Armutsgrenze zu argumentieren. Es ist lächerlich.

Samuel Balsiger (SVP): Wir haben in der heutigen Sitzung von der Stadtpräsidentin gehört, dass es bei Kunst um Sensibilisierung geht. Wenn ich nun jedoch dieser Logik folge und das Bewusstsein schaffe, dass es um Scheisse geht, ist es dann wieder zu viel Sensibilisierung, wenn der Begriff «Scheisse» verwendet wird. Die Linken sind offenbar der Meinung, dass die Manifesta und Kulturinstallationen aus Fäkalien eine Sensibilisierung herbeirufen sollen. Auf die Verwendung des Begriffs «Scheisse» reagieren sie jedoch mit einem Aufschrei. Mit Millionenbeiträgen des Staats wird eine Installation aus Scheisse finanziert. Gleichzeitig wird verlangt, ich solle dem Rat Respekt entgegenbringen und den Begriff «Scheisse» nicht benutzen. Die empörte Reaktion zeigt mir, dass es diesen Personen im Grunde gar nicht um Sensibilisierung geht.

Linda Bär (SP): Im Postulat werden sowohl Kulturbetriebe als auch Sportbetriebe erwähnt. Über den Bereich Sport hat sich bisher noch niemand geäußert. Sport ist aber ebenso wichtig wie die kulturellen Institutionen. Es geht nicht um etwas Elitäres oder Abgehobenes. Es geht um Partizipation. Auch der FCZ kennt eine Ermässigung für KulturLegi-Inhaberinnen und -Inhaber. Es geht darum, den Zugang zu Orten zu schaffen, an denen man Leute kennenlernt, miteinander in Kontakt kommt und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.

Dr. Daniel Regli (SVP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sagte, die Armen seien in meinem Votum nicht mehr vorgekommen, nachdem ich am Anfang erwähnt hätte, es gebe arme Leute, die tatsächlich eine KulturLegi haben sollten. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt nachliefern, woher die Information zum Betrag von 75 000 Franken stammen. Viele der 17 000 Inhaberinnen und Inhaber der KulturLegi mögen arm sein, können sich aber ein iPhone, Designertaschen und Ferien im Ausland leisten. Es ist bekannt, dass wir nicht die gleiche Armutdefinition wie die Linke haben. Wir werden dies auch so aufrechterhalten. Wir definieren arme Menschen, die Hilfe nötig haben, anders, auch im Flüchtlingsbereich.

Das Postulat wird mit 73 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat